

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Führer. 1927-1944 1933

5 (5.1.1933) Der deutsche Mittelstand

Der deutsche Mittelstand

Erscheint alle 14 Tage

Autarkie, Freihandel und Technik

Wenn die Technik in Zukunft — in ganz anderem Umfange wie bisher — die Stellung in Staat und Wirtschaft einnehmen soll, die ihr nach ihrem Wesen und nach ihrer Bedeutung zukommt, dann ist es unerlässlich, daß auch der technische Führer, Ingenieur und Techniker, sich mit den wesentlichen wirtschaftlichen Dingen gründlich vertraut macht. — Aus diesem Grunde beschäftigt sich auch die Ingenieurtechnische Abteilung (Ita) des Kreises Karlsruhe mit den akuten wirtschaftspolitischen Problemen; so hat sie in einer ihrer letzten Sitzungen sich mit der Frage „Autarkie, Freihandel und Technik“ befaßt, worüber Herr Dr.-Ing. L. etwa folgendes referierte:

Die Autarkie der bäuerlichen Hauswirtschaft war die primitive Wirtschaftspolitik. Aus ihr entwickelte sich durch die Arbeitsteilung unsere heutige Wirtschaft. Die Arbeitsteilung ist die Voraussetzung und Grundlage aller Kultur, denn bei gleicher Arbeitsleistung wird ein höheres Ergebnis erzielt und dadurch auf gleicher Bodenfläche die Lebensmöglichkeit für die wachsende Bevölkerung geschaffen bei gleichzeitiger steigender Lebenshaltung. —

Bis zum Jahre 1800 lebten in Europa nicht mehr als 180 Millionen Menschen. Als unmittelbare Folge der Arbeitsteilung, gleichbedeutend mit fortschreitender Technik, stieg die Bevölkerung bis zum Jahre 1900 auf 500 Millionen. Aufschlußreich für uns ist im besonderen der Zuwachs an Arbeitsstellen in Deutschland innerhalb der letzten 50 Jahre, also etwa seit 1870. Während die Zahl der Arbeitsstellen in der Landwirtschaft nur um 28 Millionen stieg, boien im gleichen Zeitraum Industrie, Handel, Gewerbe und Verkehr etwa 16 Millionen neue Arbeitsgelegenheiten. Die Technik, d. h. die Maschine schafft — richtig eingesetzt — Arbeit und Brot, nicht umgekehrt wie manche heute und in der Vergangenheit behauptet haben! —

Die Arbeitsteilung ist die Voraussetzung für die Entwicklung der Technik, und andererseits fördert und verlangt die fortschreitende Technik eine immer gesteigerte Arbeitsteilung. Die zur Zeit letzte Stufe der Arbeitsteilung fassen wir heute unter dem Sammelbegriff „Nationalisierung“ zusammen. Sie wurde 1925, was nicht vergessen werden sollte, von den Gewerkschaften ebenso leidenschaftlich gefordert wie heute verdammt! Dies allerdings nicht ganz mit Unrecht, denn die überfüllte Nationalisierung hat sich als ein schwerer Fehlschlag erwiesen, der unseren „Wirtschaftsführern“ wenig Ehre macht.

Die Nationalisierung war falsch kalkuliert. Im großen wie im kleinen, sowohl privatwirtschaftlich wie volkswirtschaftlich. — Privatwirtschaftlich im Einzelfall: Die kaufmännische Kalkulation, die der Einführung neuer Maschinen und arbeitsparender Verfahren vorausgeht, wurde im allgemeinen unter doppelter Annahme der bisherigen Verkaufspreise und voller Ausnutzung der neuen Fabrikationsanlage aufgestellt.

Man hatte vergessen, die Absatzmöglichkeiten mit in die Rechnung einzubeziehen, wie es z. B. Ford stets getan hat. Steigerung der Erzeugung ist aber erahrungsgemäß nur bei stark sinkenden Preisen möglich.

Man wollte also billig herstellen und trotzdem teuer verkaufen, — und das geht nicht! hätte man dagegen eine weniger optimistische Vorkalkulation aufgestellt, so wäre in vielen Fällen die Einführung der neuen Arbeitsmethoden als verfrüht und nicht rentabel rechtzeitig erkannt worden und daher unterblieben.

Volkswirtschaftlich

Die Nationalisierung muß die Kaufkraft der Bevölkerung steigern, wenn sie überhaupt einen volkswirtschaftlichen Sinn haben soll. Dies geschieht jedoch nur dann, wenn der Ertrag, d. h. die durch die Nationalisierung erzielten Ersparnisse im Lande bleiben und dadurch neue Arbeitsgelegenheiten geschaffen werden. Die in der rationalisierten Erzeugung der Verbraucher erzielten Ueberschüsse und Gewinne müssen dem ganzen Volke zugute kommen und in Dauerverwerten angelegt werden, die allein das Volkvermögen und den Volkswohlstand auf lange Sicht erhöhen. Solche Dauerverwerte sind: Straßen, Kanäle, Wasser- und Kraftwerke, Bodenverbesserungen, Erschließung von Neuland usw. Das volkswirtschaftlich unerlässliche Gleichgewicht in der Erzeugung von Verbrauchsgütern und Dauerverwerten erfordert eine Aufgabenteilung zwischen Privatunternehmern und Staat, die von dem entarteten Bastard, den unsere heutige marxistisch-liberalistische Wirtschaft darstellt, vollkommen vermisch worden ist.

Nationalisierung soll Arbeitsteilung, nicht aber Arbeitsvernichtung sein. Die Kaufkraft der in der rationalisierten Verbrauchsgüterindustrie überflüssig gewordenen Arbeiterma-

sen kann nur durch das Gegengewicht öffentlicher Arbeiten und Schaffung neuer Dauerverwerte erhalten bleiben. Daher mußte eine einseitige und dazu noch überfüllte Nationalisierung, deren finanzielles Ergebnis in das Ausland abfloß, zum wirtschaftlichen Zusammenbruch führen. Demgegenüber muß festgehalten werden, daß eine in stetiger Entwicklung durchgeführte Arbeitsteilung, — die wir heute „Nationalisierung“ nennen, — noch immer zur besseren Lebenshaltung einer wachsenden Bevölkerung geführt hat. So ist der Wert der Arbeitsteilung (und damit der Technik) innerhalb der nationalen Wirtschaft, d. h. innerhalb eines politisch geschlossenen Wirtschaftskörpers unbestritten und anerkannt. —

Die Freihandelslehre

fordert nun die Anwendung dieser Erfahrung auf die Weltwirtschaft und damit die Arbeitsteilung zwischen den Völkern. Jedes Volk soll nur das herstellen, wozu es nach seinen Fähigkeiten dem Klima und den Bodenschätzen seines Landes am besten geeignet ist. Also etwa Weizen in Kanada oder in der Ukraine, Schreibmaschinen in Sachsen. Allerdings ist keine menschliche Intuition denkbar, die darüber entscheiden könnte, welches Erzeugnis in jedem Lande hergestellt werden darf. Diese Entscheidung kann nur der freie internationale Wettbewerb — ohne Zölle und staatliche Beihilfen treffen. Die Herstellung der Verbrauchsgüter würde nur noch dort lohnend sein, wo die günstigsten Bedingungen vorliegen. Das weniger begünstigte Land kommt auf dem Weltmarkt im Preise nicht mehr mit und muß sich einer anderen Branche zuwenden.

So glauben die Freihändler bei kleinstem Aufwand höchstens wirtschaftlichen Nutzen erzeugen zu können. Die steigende Lebenshaltung einer wachsenden Bevölkerung schafft auf der ganzen Erde immer neue Absatzmöglichkeiten. Tritt einmal in einer Branche Ueberschneidung und Absatzstodung ein, so werden die im Wettbewerb schwächsten Länder durch die Unrentabilität ihrer Herstellung selbsttätig ausgeschaltet. —

Man wird versucht sein, als Gegenbeweis die heutige Weltwirtschaftskrise anzuführen. Doch dem begegnen die Freihändler mit der nicht ohne weiteres zu widerlegenden Behauptung, daß die Weltwirtschaftskrise ja gerade deshalb entstanden sei, weil kein freier Wettbewerb vorhanden, sondern Hoheitszölle und staatliche Protektion einen natürlichen Ausgleich aller Schwierigkeiten verhindere. —

Der Denkfehler der Freihandelslehre

liegt auf einer ganz anderen Ebene. Die Freihandelslehre ist nämlich die logische Folge-

rung aus der vom Begründer der Wirtschaftswissenschaft, Adam Smith, zu Grunde gelegten Annahme, daß die Wirtschaft losgelöst von allen sonstigen menschlichen Dingen und Streben für sich allein betrachtet werden könne. Diese für Adam Smith notwendige, aber unbewiesene Arbeitshypothese wurde von seinen Jüngern und Nachfolgern, — das sind unsere heutigen Wirtschafts-Wissenschaftler, — zum Dogma erhoben.

Der Mensch ist aber kein „Wirtschaftstier“, das nur herstellt, handelt und verbraucht! Drei außerhalb dieser materialistischen Denkart liegende menschliche Dinge sind es vor allem, die das Dogma zerstören und die aus ihm gezogenen Schlussfolgerungen entwerfen:

1. Die Liebe zur Scholle, zum Heimatland als die stärkste politische Kraft aller Zeiten, Grundlage aller modernen Staatenbildungen! Der heimtöle Jude kennt freilich diese Kraft aus sich heraus nicht; daher sein falsches Weltbild, das in der Freihandelslehre eine moderne Ausdrucksform fand.

Die Folge des Freihandels ist nämlich die Auswanderung in großen und kleinen! Ein Land, das in der Erzeugung der Lebensmittel nicht wettbewerbsfähig ist, — z. B. die norddeutsche Tiefebene mit ihrem leichten Sandboden, — wird durch den Freihandel entvölkert, falls Bodenschätze fehlen. Auswanderung nach Amerika bis etwa 1880, oder später im wilhelminischen Zeitalter die Landflucht zu den Industriezentren, das sind die Folgeerscheinungen des Freihandels, die von seinen Anhängern übrigens gar nicht geahnet, sondern gewollt werden. —

2. Das menschliche Laster, soziale Schäden, aufsehend untrennbar verbunden mit der Anhäufung heimatloser Menschen in den räumlich engen Zentren der Industrie, verbunden also mit der Zerstörung der organisch gewachsenen Volkslieberrung. Auswanderung und die soziale und sittliche Zerküpfung zerstören die Volkskraft. Der Staat als lebendige Einheit eines Volkes geht zu Grunde daran oder setzt sich rechtzeitig zur Wehr. Die Freihandelslehre stützt auf den Selbstbehauptungswillen der Nationalstaaten, d. h. auf die „Große Politik“.

3. Die Machtpolitik kann somit ebenfalls nicht aus der Betrachtung wirtschaftlicher Zusammenhänge und Gesetzmäßigkeiten weg gelassen werden, will man nicht zu falschen Schlussfolgerungen kommen. —

Es ist kein Zufall, daß vornehmlich das internationale Judentum für den Freihandel eintritt. Der Jude will ja den Volksstaat zerstören, weil er selbst nicht fähig und gewillt ist, einen eigenen Volksstaat zu gründen und

zu erhalten, wohl aber selbst nach der Welt herrschaft strebt. —

Wir dagegen betrachten wirtschaftliche Dinge ausschließlich unter dem Gesichtspunkte der Erhaltung und Mehrung unseres Volkstums! Freihandel oder Schutz Zoll sind uns keine wissenschaftlichen Prinzipien, sondern nur Mittel zum Zweck. Wir lehnen den Freihandel ab, soweit er die Grundlagen unserer Existenz als Volk untergräbt. Arbeitsteilung, Nationalisierung und Technik sind uns willkommen Mittel, um unsere Kraft zu erhöhen. Eine Autarkie von langer Dauer ist für ein Volk nicht minder gefährlich wie der Freihandel, was das historische Beispiel Chinas beweist. Der Bevölkerungszuwachs wird unterbunden, die Wirtschaftskraft gelähmt und vor allem durch Stagnation der Technik die militärische Widerstandskraft geschwächt, bis dereinst Lebensfrischere im Weltkampf geschulte Völker die chinesische Mauer machtpolitisch zerbrechen und das dem Kampf entwöhnte Volk unterwerfen.

Zeitweise können allerdings Schutz zölle sehr nützlich sein als Erziehungsmittel des Jandes, zur Erhaltung militärisch lebenswichtiger Wirtschaftszweige und nicht zuletzt auch als wirtschaftspolitisches Kampfmittel, um ausländische Zollmannern zu brechen.

In solchem Sinne müßten wir heute einen ausgedehnten und wirksamen Schutz Zoll für unsere um ihr Dasein ringende Landwirtschaft fordern. Doch der Schutz Zoll ist kein Allheilmittel für lange Dauer. Durch Schutz zölle können wir wohl unsere Landwirtschaft über die gegenwärtige Krise hinwegbringen, für die Dauer können wir aber durch dieses Mittel allein unsere Landwirtschaft nicht lebensfähig erhalten. Andere geseggeberische Maßnahmen müssen hinzutreten, um vor allem den bäuerlichen Besitz für alle Zukunft und gegen alle Schwankungen der Wirtschaft zu sichern.

Wir fordern daher nicht allein Kontingente und Schutz zölle, die die Landwirtschaft über die heutige Notzeit hinwegbringen, sondern vor allem auch ein germanisches Boden- und Erbrecht, das den Boden nicht zur Handels- und Schaherware werden läßt, sondern das im Gegenteile die alten Bauernstellen in

Gewerbetreibende

kämpft mit der N. S. D. A. P.

ihrem Bestande schützt und bäuerliche Neufeldung auf den extensiv bewirtschafteten, für die Volkswirtschaft wertvollen Kulturländen erst wirtschaftlich möglich macht. —

Gleichzeitig fordern wir die Beseitigung der marxistischen Steuerpolitik, die einer „kalten Enteignung“ des Bauernstandes gleichkommt. Es ist, volkswirtschaftlich gesehen, ein Wahnsinn, auf der einen Seite durch einen, wenn auch unzureichenden Schutz Zoll die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu erhöhen, wenn auf der anderen Seite der so erzielte höhere Bodenertrag weggesteuert wird. Was man dem Bauer mit der einen Hand gibt, nimmt man ihm mit der anderen wieder weg, braucht hierzu einen Nießenverwaltungsapparat und schädigt obendrein noch die übrige Wirtschaft. Nichts kennzeichnet die Planlosigkeit und Verfahrtheit unserer heutigen „Wirtschaftspolitik“ so wie dieser Unfinn.

In der anschließenden Erörterung der vorgelegten Gedanken unter den Mitarbeitern der Ita (Leiter: Pg. Dr.-Ing. R. G. Weigel) wurde insbesondere noch zur Nationalisierung vom Standpunkt des Techniklers aus Stellung genommen: Die Nationalisierung mußte scheitern, weil die Wirtschaftsführung im wesentlichen in den Händen nur von Finanzleuten, Händlern oder Juristen lag und liegt, während man den Ingenieur — mit berechnender Abicht — bereits bei seiner Erziehung auf den technischen Schulen systematisch von ernsterer Beschäftigung mit volkswirtschaftlichen und politischen Dingen abzudrängen sucht, indem man ihn auf rein technischem Gebiet bis zum Uebermaß einseitig einspannt. Gelingt dies, so ist er allerdings ein zur Wirtschaftsführung unbrauchbarer Spezialist geworden.

Bei zweckmäßiger Erziehung dagegen sollte gerade der Ingenieur und Techniker zur schöpferischen und verantwortlichen Wirtschaftsführung mit berufen sein.

Deutschnationale „Mittelstandsreiter“

NKS Dem vorigen Reichstag hatten die Deutschnationalen eine Reihe von Anträgen unterbreitet, mit denen sie von der Reichsregierung einen wirksameren Schutz des gewerbetreibenden Mittelstandes entsprechend den Bestimmungen des Art. 164 der Reichsverfassung durchgeführt wissen wollten. Leider sind die Deutschnationalen mit ihren Anträgen reichlich zu spät gekommen.

Denn es dürfte hinlänglich bekannt sein, daß die NSDAP. sich schon immer für eine durchgreifende Handhabung des Artikels 164 der Reichsverfassung und einen wirklich wirksamen Schutz des gewerbetreibenden Mittelstandes eingesetzt hat.

Wenn es bisher nicht möglich war, diesen von der NSDAP. verlangten Maßnahmen durchgreifende gesetzgeberische Kraft zu verleihen, so liegt die Schuld hieran an denjenigen Parteien, die sich offensichtlich davor scheuten, der NSDAP. bei ihren, auf das gesamte Volkswohl gerichteten programmatischen Arbeiten Gefolgschaft zu leisten.

Die Deutschnationalen haben hierzu am allerwenigsten den ernstesten Willen gezeigt. Denn gerade sie waren es, die der Regierung Papen das Rückgrat stellten und für die sofortige Auflösung des vorigen Reichstags eintreten. Damit sabotierten sie aber zugleich die sofortige Behandlung und Durchführung der für den gewerbetreibenden Mittelstand vielversprechenden Anträge.

Wer sich so wenig bereit findet, zum Schutze des gewerblichen Mittelstandes und zur Befreiung von dessen wirtschaftlicher Notlage wirklich praktische Arbeit zu leisten, der kann auch nicht erwarten, daß man ihm vertraut, er meine es mit seinen Anträgen ernst.

Auch die schönsten und größtönendsten Aufsätze in Tages- und Fachzeitschriften können beim gewerbetreibenden Mittelstand nicht den

Glauben erwecken, daß die Deutschnationalen wirkliche und ernstgemeinte Mittelstandspolitik zu betreiben gewillt sind und in der Lage sind.

Die Karstadt-Stütungsaffäre

Im preussischen Landtag ist von den nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Freiherr von Gregor und Dr. Nicolai eine kleine Anfrage eingebracht worden, die sich mit der Gewährung eines Kredites durch die Akzept- und Garantie-Bank A.-G. an Rudolf Karstadt A.-G. beschäftigt. In dieser Anfrage hieß es, daß eine derartige Kreditgewährung den Aufgaben der Akzept- und Garantie-Bank grundsätzlich widerspreche. Durch die Finanzierung eines Warenhauskonzernes mit Hilfe einer zu 75 Prozent unter dem Einfluß der öffentlichen Hand stehenden Bank werde, ganz abgesehen von der Gefahr des Verlustes, keine Arbeit geschaffen. Die Interessen des deutschen Kleinhandels würden mit Reichsbankgeldern stark geschädigt und die vererbliche Warenhauskonkurrenz unnatürlich groß gezogen. Das Staatsministerium wurde dann in der kleinen Anfrage nach der Höhe des Kredites gefragt und ferner, ob es bereit sei, beim Reich auf Abstellung derartiger Mißstände zu drängen. Handelsminister Dr. Schröder mußte auf die nationalsozialistische Anfrage hin zugeben, daß dem jüdischen Warenhaus-Konzern Karstadt tatsächlich ein Kredit in Höhe von 25 Millionen Mark gegeben worden ist.

Karstadt wird also heute noch mit den Mitteln finanziert, die man mit den rigorosesten Maßnahmen aus der breiten Masse der kleinen deutschen Steuerzahler herausgepreßt hat. Für Karstadt Kredite und für den deutschen Mittelstand die Steuerhölle, das ist die ansgleichende Gerechtigkeit, die heute an der Tagesordnung ist.